Zuwanderung und Wohlfahrtsstaat: Ein Trade-Off?

Dennis C. Spies, Alexander W. Schmidt-Catran
1st March 2016



Schmälert Migration die Unterstützung der Bevölkerung eines Kantons für den Wohlfahrtsstaat? Das hängt davon ob, inwiefern die Zuwanderer als Bedrohung empfunden werden. Zu diesem Schluss kommt eine vergleichende Untersuchung der Universität zu Köln.

Lange ging man davon aus, dass es einen Trade-Off gibt zwischen der Unterstützung für Immigration und für Sozialprogramme. Der Grund: Die einheimische Bevölkerung nehme Migranten je nach Herkunft als ökonomische oder kulturelle Bedrohung wahr und sei nicht dazu bereit, ökonomische Ressourcen wie Sozialleistungen mit den Neuankömmlingen zu teilen. Dies wiederum – so die Annahme – habe zur Folge, dass die zunehmende Migration die Einstellung der Einheimischen bezüglich des Wohlfahrtsstaats negativ beeinflusse, was letztendlich den Weg für sozialpolitische Kürzungen ebnen würde.

Unsere Untersuchung zeigt nun aber, dass die Anzahl an Zuwanderern in einem Schweizer Kanton kaum Einfluss auf die Einstellung der dort wohnhaften einheimischen Bevölkerung in Bezug auf die Sozialpolitik aufweist. Vielmehr spielt die Wahrnehmung auf der individuellen Ebene eine Rolle: Wenn

Schweizerinnen und Schweizer Migrantinnen und Migranten als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt sehen, steigt auch ihre Nachfrage nach Sozialausgaben, um die wahrgenommene Bedrohung zu kompensieren.

Einheimische hingegen, die Ausländerinnen und Ausländern hauptsächlich als kulturelle Bedrohung wahrnehmen, weisen generell eine geringere Unterstützung für Sozialausgaben auf. Dabei spielt es auch kaum eine Rolle, woher die Migranten stammen. Vielmehr ist der Grad an kultureller und ökonomischer Bedrohung, die Schweizer z.B. deutschen Einwanderern gegenüber empfinden, im Ausmass vergleichbar mit der Bedrohungswahrnehmung hinsichtlich Migranten aus dem Balkan.

Weitere Informationen zu diesem Thema finden Sie in der Fachpublikation: Spies, Dennis und Alexander Schmidt-Catran (2015): Migration, migrant integration and support for social spending: The case of Switzerland. *Journal of European Social Policy*: 1-16.

Foto: flickr.com

Lektorat: Pascal Burkhard